

Außenminister lassen jedoch erwarten, daß in der Verfassungskommission bald die notwendigen Kompromisse gefunden werden. Die jüngste Kritik von Kardinal Glemp an der Arbeit der Verfassungskommission und sein Vorwurf, in Polen bestehe die Volksrepublik weiter, tragen allerdings nicht zur Versachlichung der Atmosphäre bei.

Der Berater der oppositionellen Freiheitsunion, *Aleksander Smolar*, verneint die Gefahr einer Rückkehr der Volksrepublik (VRP), wenn er in einer Bilanz ein Jahr nach den Parlamentswahlen im Gespräch mit dem SLD-Vorsitzenden *Kwaśniewski* auf der positiven Seite registrierte, daß in den Septemberwahlen die demokratischen Institutionen nicht zur Diskussion standen. Die Proteststimmen hätten sich in Zustimmung zu den jetzigen Regierungsparteien ausgedrückt, und die generelle Richtung der wirtschaftlichen Reformen werde beibehalten. Als teilweise positiv betrachtete *Smolar* auch die Tatsache, daß die politischen Kräfte, die sich wegen ihrer Verbindung mit dem alten System unter den *Postsolidarność*-Regierungen entfremdet gefühlt hatten, auf diese demokratische Weise in die politische Szene integriert worden seien (*Polityka*, 24.9.1994).

Nicht die Gefahr einer wirklichen Rückkehr in die VRP bestand in Polen unter Ministerpräsident *Pawlak* und seiner Koalitionsregierung; es war ein *restaurativer Geist*, der durch die Warschauer Amtsstuben zog. *Adam Michnik* nannte den Vorgang in Anlehnung an *Václav Havel's* „samtene Revolution“ die „samtene Restauration“: „Die polnische samtene Revolution gebar die samtene Restauration. Die Restauration bedeutet nie die Rückkehr des alten Regimes und der vergangenen Ordnungen. Die Restauration ist die Reaktion auf die Revolution, der Paroxysmus der Rückkehr vergangener Leute, Symbole, Traditionen und Gewohnheiten“ (*Gazeta Wyborcza*, 3.-4.9.1994). Sichtbar sind die Veränderung

des politischen Stils durch die neu-alten Eliten, die Rückkehr von alten (nicht: der alten) Kadern und der entsprechenden „Kinderstube“.

Die Rücknahme der einen Reform (z.B. territoriale Neugliederung), die Blockade einer anderen (z.B. Einführung der Kreisebene), die Verschiebung der dritten (z.B. Gemeindefinanzen), die Verspätung mit der vierten (z.B. Massenprivatisierung) oder die Untätigkeit (z.B. Agrarreform) wurden der Regierung *Pawlak* vorgeworfen. Die Renaissance des zentralistischen Denkens und des Glaubens in seine Vernünftigkeit (PSL), der Verlust der Reformdynamik und eine zunehmende Blockierung der Regierungspolitik durch innere Zerwürfnisse der Koalitionäre, angereichert durch einen Präsidenten, der die demokratische Ordnung herausfordert und Oppositionsparteien, die sich nicht im klaren sind, gegen wen oder was sie mit wem opponieren sollen, zeichneten ein sehr widersprüchliches Bild der inneren Entwicklung Polens.

Wenn auch ursprüngliche Vorstellungen von der Existenz einer „civil society“ in einem Transformationsland wie Polen sich als verfrüht erwiesen haben sollten, die „civic culture“ erweist sich als entwickelt genug, Anschläge auf die demokratische Ordnung und die offene Gesellschaft abzuwehren, auch wenn Regierung, Parlament und Parteien angesichts von *Wałęsas* Balancieren am Rande des Staatsstreichs erschreckend hilflos erschienen. Womöglich kann aber der Kampf des Präsidenten um sein persönliches Schicksal noch ein gutes bewirken, indem er die Parteien von rechts bis links zur Verteidigung der demokratischen Ordnung veranlaßt, die längst fällige Verabschiedung einer neuen Verfassung voranbringt, die das bestehende Rechtsvakuum zwischen Regierung und Präsident beseitigt, und dem Reformprozeß eine neue Dynamik verleiht.

Dieter Bingen

Gewinner und Verlierer

Der Friedensprozeß zwischen Israel und den Palästinensern

Vor einem Jahr wurde das „Gaza-Jericho-Abkommen“ zwischen Israel und den Palästinensern unterzeichnet. Der Weg zu einer Lösung des Konflikts ist allerdings noch weit; der Friedensprozeß kommt derzeit nur mühsam voran. Ludwig Watzal zieht eine Zwischenbilanz der neuen Etappe im israelisch-palästinensischen Verhältnis und legt dabei das Schwergewicht auf die Lage der Palästinenser. 1994 erschien sein Buch „Frieden ohne Gerechtigkeit“ über Israel und die Menschenrechte der Palästinenser.

In Israel und Palästina haben sich Kräfte zusammengefunden, um dem hundertjährigen Konflikt zwischen Juden und Arabern ein Ende zu machen. Die Nachricht vom Abschluß eines Abkommens zwischen den langjährigen Feinden schlug wie eine Bombe ein. Was war geschehen, daß aus dem „Terroristen“ *Yassir Arafat* und dem militärischen „Haudegen“ *Yitzhak Rabin* über Nacht Friedenstauben geworden

sind? Die revolutionären Veränderungen, die sich 1989/90 in Europa ereigneten, ließen auch den Nahen Osten nicht unberührt. Symbol dieser internationalen Kräfteverschiebung war der *Golfkrieg*, in dem sich unter Führung der einzig verbliebenen Supermacht USA eine Armada von Staaten gegen einen Aggressor zusammenfand, der sich ein Scheichtum völkerrechtswidrig einverleibt hatte. Die Palästinenser hat-

ten, wie schon so oft in ihrer leidvollen Geschichte, wieder einmal auf das falsche Pferd gesetzt. Ihre Symbolfigur pilger-te mehrmals zum „Saladin“ von Bagdad, und sein unter der israelischen Besatzungsmacht darbedendes Volk beklatschte jede Scud-Rakete, die auf Israel niederging. Dies hatte verheerende Folgen.

Die Parteinahme für Saddam Hussein gab Arafat und seiner PLO den Rest, weil nun die Geldquellen der konservativen Potentaten zu sprudeln aufhörten. Die PLO war finanziell, politisch und moralisch am Ende. Auch in den besetzten Gebieten ging ihr Einfluß gegenüber den radikalen Gruppierungen immer stärker zurück. Insbesondere die einst von Israel als Gegengewicht zur PLO aufgepöppelte *Hamas* (Bewegung des Islamischen Widerstands) gewann zusehends an Einfluß. In dieser ausweglosen Lage ergriff Arafat die Initiative hinter dem Rücken der in Washington ergebnislos vor sich hindümpelnden multilateralen Friedensgespräche. Israel – zu Anfang noch skeptisch – ergriff seine Chance und brachte den schwächsten Akteur – Yassir Arafat – wieder auf die politische Bühne. Dies hatte jedoch für die Palästinenser weitreichende Konsequenzen.

Die Möglichkeit für Koexistenz und Zusammenarbeit geschaffen

Die in Geheimverhandlungen in Oslo ausgehandelte und mit großem Pomp am 13. September 1993 auf dem Rasen des Weißen Hauses in Washington unterzeichnete „Prinzipienklärung über vorübergehende Autonomie“ leitete konkrete Verhandlungen über die Ausgestaltung dieser Selbstverwaltung ein, die am 4. Mai 1994 im „Gaza-Jericho-Abkommen“ vertraglich Gestalt annahm. Beide Abkommen haben nicht den Frieden in der Region gebracht. Seit Beginn dieses Aussöhnungsprozesses sind mehr als 200 Palästinenser und 120 Israelis getötet worden bzw. durch Terroranschläge ums Leben gekommen. Von einem Friedensprozeß zu sprechen, fällt deshalb schwer. Die beiden Vereinbarungen entpuppen sich zusehends als sicherheitspolitische Fesseln für die Palästinenser. Sie sind Handlungsanweisungen zur Unterdrückung der Kritiker des Aussöhnungsprozesses; für das palästinensische Volk sind sie Dokumente sozialer Unterwerfung.

Zunächst gilt jedoch festzuhalten, daß Israel seit dem Sechstage-Krieg vom Juni 1967 gegen das Völkerrecht die Westbank, den Gaza-Streifen und die Golanhöhen besetzt hält. 1980 wurden Ost-Jerusalem und 1981 die Golanhöhen annektiert. Beides ist nach dem Völkerrecht null und nichtig. Die Souveränität, die Israel über die besetzten Gebiete beansprucht, die Siedlungen, die diversen Baumaßnahmen, die Übertragung des israelischen Rechtssystems auf das besetzte Land verstoßen ebenso gegen das Völkerrecht. Nun könnte man dagegen einwenden, daß das Völkerrecht zu nichts nütze sei. Dem muß widersprochen werden: Es ist zwar richtig, daß das Völkerrecht nur insoweit umgesetzt werden kann,

als eine Macht dahintersteht und seine Durchsetzung betreibt; es ist aber auch korrekt, daß Verstöße von der internationalen Staatengemeinschaft nicht ohne weiteres hingenommen werden. So wird die Annektion Ost-Jerusalems und der Golanhöhen nicht anerkannt. Alle Staaten haben ihre Botschaften nach Tel-Aviv verlegt, einige unterhalten in Jerusalem lediglich Konsulate. Die Siedlungen und die Besiedlung besetzten Landes verstoßen gegen die Vierte Genfer Konvention von 1949 und sind in UN-Resolutionen verurteilt worden, ebenso die Besetzung generell. Ein Rückzug Israels auf die sogenannte „Grüne Grenze“, die Waffenstillstandslinie von 1949, wird immer wieder rhetorisch gefordert; diese Forderung ist aber nicht realistisch, weil sie nicht durchgesetzt wird und unumstößliche Fakten geschaffen worden sind.

Anfänglich wurde in der Öffentlichkeit die „Prinzipienklärung“ als ein erster Schritt auf dem Weg zum Frieden geradezu überschwenglich gefeiert. Für eine kurze Zeit schien dies auch gerechtfertigt. Bei genauerer Lektüre der Vereinbarungen und der Begleitschreiben, die dem Abschluß vorausgingen, waren aber schon gravierende Bedenken angebracht; sie wollte jedoch niemand zur Kenntnis nehmen. Die „Prinzipienklärung“ enthält sowohl positive als auch negative Aspekte, die jedoch von unterschiedlichem Gewicht sind. Hier seien zuerst die positiven genannt.

Obwohl das Abkommen die nationalen Rechte der Palästinenser nicht erwähnt, ist es trotzdem das erste Mal, daß Israel offiziell die Palästinenser und ihre legitimen Rechte indirekt anerkannt hat, obwohl in den Abkommen nie von besetztem Land gesprochen wird. Das Abkommen legt den Grundstein für ein palästinensisches Gebilde, das Arafat bei seinem Bonn-Besuch im Dezember 1993 als Staat bezeichnet hat. Die „Prinzipienklärung“ schafft die prinzipielle Möglichkeit für Zusammenarbeit und Koexistenz sowie für den historischen Kompromiß zwischen beiden Völkern. Um dies auszuschöpfen, müssen allerdings beide Partner mit lauterer Absichten seine Umsetzung betreiben.

Durch die Umgruppierung der Truppen von Gaza und Jericho gibt Israel nach 27 Jahren erstmals ideologische und praktische Positionen teilweise auf, die bisher immer als irreversibel galten. Es wird somit eine de facto palästinensische „Teilsouveränität“ unter Oberaufsicht der Israelis über diese Gebiete geben. Als Ziele werden eine palästinensische Interimsregierung und ein demokratisch gewählter Rat für eine Übergangszeit von höchstens fünf Jahren angestrebt. Nach dieser Zeit soll es dann zu einer permanenten Vereinbarung auf der Grundlage der UN-Sicherheitsratsresolutionen 242 und 338 kommen.

Die Abhaltung von *Wahlen* unter internationaler Kontrolle soll ein wichtiger Schritt auf dem Weg zu einer Realisierung der legitimen Rechte des palästinensischen Volkes und dessen gerechter Forderungen sein. Die Teilnahme der Palästinenser aus Ost-Jerusalem ist zugesichert. Die Wahlen hätten ursprünglich im Juli 1994 stattfinden sollen. Mitte Februar dieses Jahres stellte jetzt der israelische Umweltminister *Jos-*

si Sarid Mitte Mai als ein „vernünftiges Zieldatum“ in Aussicht.

Bei der Übergabe der Macht muß zwischen Gaza und Jericho einerseits und dem Rest der Westbank und Ost-Jerusalem andererseits unterschieden werden. Im ersten Fall wird formal alle Gewalt auf die Palästinenser übertragen, obwohl sich die Israelis die Letztentscheidung vorbehalten. Im Rest der Westbank ist auf den Gebieten Kultur, Gesundheit, direkte Besteuerung, Dienstleistungen und Tourismus die Zuständigkeit an Palästinenser übertragen worden. In bezug auf die Jurisdiktion spricht das Abkommen von einer Einheit des Gaza-Streifens und der Westbank, deren Unverletzlichkeit erhalten bleiben soll. Die Palästinenser wollen Jerusalem darin eingeschlossen wissen, die Israelis dagegen nicht.

Die endgültigen Verhandlungen über den Status werden nach zwei Jahren, vom Beginn der Interimsperiode gerechnet, beginnen, wobei es sich hier um eine obligatorische Bestimmung handelt. Die palästinensische Seite muß dabei auf Eile drängen, weil sonst zu befürchten ist, daß die Israelis den Status weiter zu ihren Gunsten verändern werden, wie dies bereits durch den forcierten Ausbau der Siedlungen im Großraum von Jerusalem geschieht. Sollte dieser – wie geplant – weitergeführt werden, bleiben von Ost-Jerusalem nur noch Spurenelemente übrig.

Alle wichtigen Probleme wurden ausgeklammert

Folgende Aspekte wiegen jedoch schwerer als die bereits genannten: In seinem Brief an Ministerpräsident Rabin hat PLO-Chef Arafat indirekt den hundertjährigen Anspruch des Zionismus auf „Eretz Israel“ (Land Israel) anerkannt. Arafat gab auch zu, daß der palästinensische Widerstand „Terror“ war. „Die PLO betrachtet die Unterzeichnung der Prinzipienklärung als historisches Ereignis, das eine neue Epoche friedlicher Koexistenz, ohne Terror und alle Art von Gewalt, die Frieden und Stabilität gefährden, einleitet. Die PLO verzichtet entsprechend auf Terror und jede Art von Gewalt“, so das Schreiben Arafats an Rabin. Mit diesem Eingeständnis fallen auch die legitimen Formen des Widerstandes gegen die Unterdrückung unter die Kategorie „Terror“; für das Bewußtsein der Palästinenser eine verheerende Feststellung. Obwohl die PLO bereits im November 1988 in Algier das Existenzrecht Israels anerkannt hatte – die damalige Schamir-Regierung wollte sich nur nicht anerkennen lassen – mußte sich Arafat bereit erklären, 28 von 33 Artikeln der PLO-Charta zu streichen, in denen direkt oder indirekt die Existenz Israels in Frage gestellt wurde.

Die „Prinzipienklärung“ regelt nichts Wesentliches. Alle zentralen Probleme wurden ausgeklammert und auf spätere Verhandlungen vertagt. Das einzige substantielle Zugeständnis von Seiten Israels ist die Bereitschaft des Landes, mit der PLO zu verhandeln. Israel ist es gelungen, die PLO als „Befreiungsbewegung“ zu zerstören. Außenminister Shi-

mon Peres hat dies in der Fernsehsendung „Moked“ vom 1. September 1993 zutreffend beschrieben: „Bei der PLO hat sich ein Wandel vollzogen, nicht bei uns. Wir verhandeln nicht mehr mit der PLO, sondern nur noch mit dem Schatten ihrer selbst.“ Die PLO, die wegen der Durchsetzung des Selbstbestimmungsrechts und der Rückkehr der Flüchtlinge von 1948 gegründet wurde, hat beides nicht erreicht. Sie hat damit ihre Existenzberechtigung verloren. Die Oslo-Vereinbarungen haben den Desintegrationsprozeß, der bereits im Gange war, nur noch beschleunigt. In dem Abkommen ist mit keinem Wort das Ziel oder der Endzustand des Prozesses auch nur angedeutet. Damit fürchten viele Palästinenser und auch Israelis zu Recht, daß dieser Interimszustand bereits das Ende bedeuten könnte. Diese Bedenken drückte *Danny Rubinstein* in einem Kommentar in der israelischen Tageszeitung „Ha'arets“ vom 30. August 1993 aus: „Die Palästinenser, die gegen diese Vereinbarung sind, haben recht, indem sie sagen, daß die Veränderungen groß sind und daß der Beginn mit Gaza und Jericho auch das Ende sein wird.“

So wurden zentrale Fragen wie die Siedlungen, die Rückkehr der Flüchtlinge von 1948, der Status von Jerusalem, die Eigenstaatlichkeit, die Landenteignungen, die Häuserzerstörungen, die Entschädigungsfrage u.v.m. überhaupt nicht erwähnt. Die Palästinenser haben sich insoweit jeglichen Druckmittels beraubt. Sie werden auf den guten Willen Israels angewiesen sein, und der zählt in der internationalen Politik nichts, wo es um die Durchsetzung nationaler Interessen geht. Israel dagegen hat mit dieser Vereinbarung einen diplomatischen Erfolg errungen, der nur mit dem der Staatsgründung von 1948 zu vergleichen ist. Ihren erbittertsten Widersacher haben die Palästinenser diplomatisch anerkannt. Sie haben Israel von der Bürde der direkten Beherrschung des Gaza-Streifens entbunden, ohne dafür einen entsprechenden politischen Preis zu bekommen. Der PLO wurde die Aufgabe zgedacht, den „Terrorismus“ und die Opposition gegen die Abkommen zu unterdrücken. Dies hat Ministerpräsident Rabin vor dem politischen Ausschuß der Arbeitspartei in einer Rede erklärt, wie die Zeitung „Yediot Aharonot“ (3.9.1993) berichtete: „Meine Hoffnung ist, daß wir einen Partner finden werden, der die Verantwortung für die internen Probleme in Gaza übernimmt und mit ihnen fertig wird, ohne die Probleme der Appellation an das Oberste Gericht, ohne die Probleme durch B'Tselem und ohne die Probleme, die durch die vielen blutenden israelischen Herzen bereitet werden.“

Eine solche Strategie wurde bereits umgesetzt. Es findet eine intensive Zusammenarbeit zwischen dem israelischen Geheimdienst Shabak und den sechs diversen palästinensischen Sicherheitsdiensten statt. Das wurde auf der Konferenz von „Pax Christi International“ und dem „Center for International Human Rights Enforcement“ (CIHRE) vom 16. bis 18. September 1994 in Ost-Jerusalem immer wieder bestätigt. So berichtete die ehemalige Leiterin des „Palestine Human Rights Information Center“ (PHRIC), *Jan Abu Sha-*

krah, am Rande der Konferenz dem Verfasser gegenüber von massiven Einschüchterungen und Morddrohungen. Es gebe eine offene Kollaboration zwischen dem israelischen Geheimdienst und den palästinensischen Sicherheitsdiensten. So gingen die Tötungen von Palästinensern in Gaza auf die Zusammenarbeit zwischen beiden Diensten zurück. *Abu Shakrah* ist Ende 1994 mit ihrer Familie in die USA übergesiedelt, weil man in Palästina nicht mehr frei arbeiten könne.

Israel pocht auf die Durchsetzung seiner Ansprüche

In der Öffentlichkeit wird der Eindruck erweckt, als seien der Gaza-Streifen und Jericho „autonom“ und die israelische Besatzungsarmee sei abgezogen. Dies ist jedoch nicht der Fall. Aus einer kruden Okkupation ist eine „Luxusbesetzung“ geworden. Israel kann jederzeit den Gaza-Streifen abriegeln, was es des öfteren tut, und dann sitzt Arafat wie eine Maus in der Falle. Über 50 Prozent des Gazastreifens hat die palästinensische Autonomiebehörde keinerlei Verfügungsrecht. Sie stehen der exklusiven Nutzung der israelischen Armee und den 5400 Siedlern zur Verfügung. Die Siedlungen sind exterritorial, für sie gilt israelisches Recht; die palästinensischen Behörden haben über sie keinerlei Autorität. Die Armee wurde nicht abgezogen, sondern nur aus den Bevölkerungszentren um die Siedlungen herum neu gruppiert. Seither gibt es überall Straßensperren; Israel bestimmt allein, wer ein- und ausreisen darf; die Grenzkontrollen werden nur von Israel vorgenommen. Für die PLO-Polizei bleibt nur das schmutzige Geschäft der Unterdrückung der eigenen Bevölkerung.

Im Gaza-Streifen herrschen Willkür, Rechtsunsicherheit und Chaos. Hunderte von Arafat-Kritikern sitzen ohne Gerichtsverfahren in den Gefängnissen und sollen durch „Sondergerichte“ abgeurteilt werden. Zwei Palästinenser wurden bereits durch den palästinensischen Geheimdienst zu Tode gefoltert, der eine im Juli 1994 in Gaza und der andere im Januar 1995 in Jericho. Wer in Arafat einen Demokraten vermutet hatte, wurde schnell eines besseren belehrt. Den Palästinensern geht es jetzt schlechter als vor der Autonomie, weil sie es jetzt mit zwei repressiven Regimen zu tun haben, von denen das eigene von Recht und Gesetz wenig hält.

Die Verhandlungen über die Konkretisierung der „Prinzipienklärung“ haben gezeigt, daß man noch nicht einmal in der Lage war, Petitesse wie die Größe Jerichos zu regeln. Bis heute wurde darüber keine Einigung erzielt. Wer sich durch die 186 engzeilig beschriebenen Seiten des „Gaza-Jericho-Abkommens“ mit seinen zahlreichen Annexen und Karten durchgebissen hat, fragt sich verwundert, wie Arafat solch ein Dokument unterzeichnen konnte. Mit seinen zahlreichen Rück-, Kreuz- und Querverweisen nimmt es im nächsten Absatz das wieder zurück, was vorher konzidiert worden ist. Die PLO kann weder auf politischem noch wirtschaftlichem Gebiet etwas selbständig entscheiden. In bei-

den Abkommen wird deutlich, daß es Israel allein um Sicherheit ging. Alles andere war sekundär und wird gemäß israelischen Sicherheitsinteressen definiert.

Daß Israel auf die Durchsetzung seiner Ansprüche pocht, wurde aus den Äußerungen führender israelischer Politiker deutlich, nachdem am 17. November 1994 Arafat durch seine Polizei bei einem Massaker in Gaza-Stadt 14 Palästinenser niederschließen ließ und über 200 Menschen verwundet wurden. Dieser Vorgang wurde geradezu in zynischer Weise kommentiert. „Endlich macht Arafat das, was von ihm erwartet wird“, so Wohnungsbauminister *Benjamin Ben-Eliezer*. Ein hoher Berater Ministerpräsident Rabins erklärte: „Arafat hat seine Sache gut gemacht, ihnen zu zeigen, wer hier das Sagen hat.“ Oder Shimon Peres in „Ha'aretz“ vom 21. November 1994: „Dies ist der Grund, warum er 9000 Polizisten und Soldaten bekommen hat. Deshalb hat er Waffen erhalten, damit er sich selbst und die Autonomiebehörde verteidigen kann, der er vorsteht.“ Angesichts der Haltung Arafats wird folgender Vorwurf der islamistischen Opposition verständlich: „Arafat ist Israels neuer militärischer Arm und ein Instrument des Staates Israel.“ Die Mitglieder der Autonomiebehörde werden als „Agenten Rabins gegen ihre eigene Bevölkerung“ diffamiert. Dies zeigt deutlich die vertrackte Lage, in der sich Arafat befindet.

Die Menschenrechtssituation hat sich nicht verbessert

Im „Gaza-Jericho-Abkommen“ hat die PLO Israel eine *Generalabsolution in puncto Schadensersatzansprüche* erteilt. So heißt es in Artikel 22 Abs. a: „Die Übergabe jedweder Macht und Verantwortung an die palästinensische Behörde, wie in Anhang II ausgeführt, schließt alle damit zusammenhängenden Rechte, Verpflichtungen und Verbindlichkeiten, die im Zusammenhang mit Handlungen oder Unterlassungen, die vor der Übergabe entstanden sind, mit ein. Für Israel entstehen keinerlei finanzielle Verpflichtungen, die aus solchen Taten und Unterlassungen resultieren, und die palästinensische Behörde wird alle finanziellen Verpflichtungen für sie übernehmen, ebenso für ihre eigenen Tätigkeiten.“ Und in Abs. b heißt es weiter: „Jedwede finanzielle Forderungen, die in diesem Bezug gegenüber Israel gestellt werden, wird das Land an die palästinensischen Behörden weiterleiten.“

Meron Benvenisti, ehemaliger Vize-Bürgermeister von Jerusalem, hat bereits am 14. Mai 1994 in „Ha'aretz“ das Gaza-Jericho-Abkommen einer berechtigten und scharfen Kritik unterzogen. Neben der Phraseologie und bewußten Desinformation müsse man sehen, daß „Israels Sieg total war und die palästinensische Niederlage verächtlich“. Alle Vorschläge, die *Ariel Sharon* vor 14 Jahren Ägypten gemacht und die das Land abgelehnt hat, seien jetzt von Arafat im „Anhang über Sicherheit“ akzeptiert worden. Das Abkommen sei nichts anderes als die *Rechtfertigung des Status quo in den*

besetzten Gebieten, so Benvenisti. Ebenso heftig ging die Literaturprofessorin *Tanja Reinhart* in der Wochenend-Beilage von „Ha'aretz“ vom 27. Mai 1994 mit den Vereinbarungen ins Gericht. „Das Abkommen mit der PLO erinnert eher an den Beginn der Apartheid als an deren Ende.“ Sie sieht in den autonomen Gebieten bloße „Homelands“, weil die Ähnlichkeit frappierend sei.

Auch die Hoffnung auf eine Verbesserung der Lage der Menschenrechte erfüllten die Abkommen nicht. In einigen Bereichen hat sich die Situation sogar noch zugespitzt, so bei Landenteignungen und Häuserzerstörungen. Auch die Folterungen durch den israelischen Geheimdienst gehen unvermindert weiter. So hat bereits im Juni 1994 die in Washington ansässige Menschenrechtsorganisation *Human Rights Watch* einen 300seitigen Bericht über die Verhör- und Foltermethoden des israelischen Geheimdienstes veröffentlicht. Die israelische Menschenrechtsorganisation B'Tselem stellte am 16. November 1994 ihren Bericht über Folter in Jerusalem der Öffentlichkeit vor. Er zeichnet ein düsteres Bild: „Die üblichen Anwendungen von Folter bei Verhören von Palästinensern gehen weiter.“

Die euphemistische Umschreibung für Folter heißt in der israelischen Regierungsterminologie „moderate physische Gewalt“. Nach den Terroranschlägen bei Natanya, bei dem 21 israelische Soldaten ums Leben kamen, entschied die Regierung, daß die Palette der „moderaten physischen Gewalt“ bei Verhören erweitert werden solle. Ob man damit dem Phänomen des Terrors Herr wird, kann zu Recht bezweifelt werden. Auf diese Weise fängt man keinen religiös motivierten Selbstmörder. Ebenso gehen die Tötungen von Palästinensern durch „verdeckte Einheiten“ oder sogenannte „Todesschwadronen“ weiter. Zuletzt wurde laut amnesty international vom 6. Januar 1995 vier Palästinenser im Alter von

16 bis 32 Jahren in ihrem vorbeifahrenden Auto erschossen. Viele dieser Morde kamen regelrechten Exekutionen gleich, obwohl – laut Vorschriften – diese Einheiten auch nur auf die Beine schießen sollten. Wie die Statistik zeigt, enden ihre Einsätze meistens tödlich. Seit der Intifada im Dezember 1987 haben laut B'Tselem 150 Palästinenser durch diese Einheiten ihr Leben verloren.

Langsam setzt sich auch bei den Palästinensern die Überzeugung durch, daß sie wieder einmal zu den Verlierern zählen. Die Abkommen bedeuten nichts weiter als die *Fortsetzung der Okkupation in einem neuen Gewand*. Gaza und Jericho bleiben letztendlich unter der Oberhoheit des israelischen Militärkommandeurs. Da die Palästinenser nicht die Kontrolle über ihre Grenzen haben, dürften alle weiteren Verhandlungen ins Leere gehen. Der Ausbau der Siedlungen geht verstärkt weiter, dies beschloß die israelische Regierung Ende Januar 1995. Damit werden Fakten geschaffen, die sich als kaum überwindbare Hindernisse erweisen werden.

Für Israel haben sich die Abkommen schon ausgezahlt. Es wurde inzwischen von mehreren arabischen Staaten anerkannt; Jordanien hat am 26. Oktober 1994 einen Friedensvertrag mit Israel geschlossen. Der Golf-Kooperationsrat hat den Wirtschaftsboykott aufgehoben und auf der Wirtschaftskonferenz Ende Oktober in Casablanca wurde Israel aus seinem Paria-Status entlassen. Die Palästinenser waren dort nur Zaungäste. Israel wird die dominierende Wirtschafts- und Militärmacht in der Region werden. Arafat dagegen regiert im Augenblick ein „Heimatland“ von Israels Gnaden. Israel sollte seinen Vorteil jedoch nicht bis zum letzten auskosten, denn sonst könnten sich die Erfolge als Pyrrhussiege erweisen. Ein Palästinenserstaat, in dem das Selbstbestimmungsrecht der Palästinenser gilt, liegt letztlich in seinem langfristigen nationalen Interesse. *Ludwig Watzal*

„Autorität anders ausüben“

Fragen an den Pariser Theologen Hervé Legrand

Auch Wochen nach der Amtsenthebung von Bischof Jacques Gaillot haben sich die Wogen innerhalb der Kirche in Frankreich wie zwischen Rom und Frankreich nicht wesentlich geglättet. Wie immer man persönlich zu Bischof Gaillot steht: wie mit ihm verfahren wurde, wird von breitesten Schichten des französischen Katholizismus abgelehnt. Über die Stimmung in Frankreich und die mit dem Fall Gaillot angerührten Fragen kirchlicher Autoritätsausübung sprachen wir mit dem Dogmatiker am Pariser Institut Catholique, Hervé Legrand. Die Fragen stellte Klaus Nientiedt.

HK: Herr Professor Legrand, die Amtsenthebung von Bischof Gaillot wurde in Frankreich wie ein „Schock“ aufgenommen. Inzwischen liest man, nichts sei seither wieder so wie vorher. Was hat sich atmosphärisch seit dem 13. Januar verändert?

Legrand: Seit dem Mai 1968 ist dies das erste Ereignis, das alle Franzosen zum Sprechen gebracht hat, alle sozialen Schichten der französischen Gesellschaft wie auch alle Katholiken. Alle Meinungsführer dieses Landes, die Präsidentschaftskandidaten etwa, alle Bischöfe, abgesehen vielleicht